

Nordrhein-Westfalen 2019 bis 2022“. Dieser erste Aktionsplan wird derzeit nach seinem Auslaufen für die kommenden Jahre weiterentwickelt.

Die Landesregierung hat in diesem Jahr bereits eine Schwimmoffensive gestartet und in diesem Zusammenhang 3 Millionen Euro für das bereits erwähnte innovative Modellvorhaben „narwali“ bereitgestellt.

(Tülay Durdu [SPD]: 3 Millionen Euro für fünf Container!)

Es werden fünf Schwimmcontainer, je einer pro Regierungsbezirk, in einem Modellprojekt für eine aktive Laufzeit von 24 Monaten eingesetzt. Auch hier können Kinder an Wasser gewöhnt werden, und es können Schwimmtechniken erlernt werden.

Wer sich in der Praxis anschaut, der ist ganz erstaunt, was da alles mit einem solchen Schwimmcontainer geht.

(Beifall von Christina Schulze Föcking [CDU])

Die Landesregierung hat in diesem Jahr auch eine Übungsleiteroffensive gestartet. Eine Million Euro stellt das Land für die Qualifizierung von Übungsleitungen für Schwimmtrainerinnen und Schwimmtrainer zur Verfügung. Die Nachfrage ist immens, und wir freuen uns darüber, dass es so gut angenommen wird.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Bereitstellung von Bäderinfrastrukturen gehört klassisch zum Aufgabenkatalog von Kommunen, dennoch stellt die Landesregierung im Rahmen der Gemeindefinanzierung gerade deshalb, weil wir der Meinung sind, dass es etwas sehr Wichtiges ist, über die Sportpauschale dynamisiert Geld zur Verfügung. Inzwischen gibt es auch über die Sportpauschale 70 Millionen Euro im GfG, die dafür eingesetzt werden können. Herr Hoppe-Biermeyer hat auf die ergänzenden Programme aus den Bereichen „EFRE“, „JTF“, „Leader“ und anderen entsprechend hingewiesen. Auch progres.nrw kommt zur Effizienzsteigerung von Schwimmanlagen infrage.

Die Landesregierung wird die Gemeinden und Städte auch in Zukunft dabei unterstützen, die Infrastrukturen zum Schwimmenlernen auszubauen sowie die Voraussetzungen im Sport und bei den Kommunen dafür zu schaffen, dass Schwimmenlernen von gut ausgebildeten Lehrkräften vermittelt wird.

Mit der Staatssekretärin Andrea Milz hat dieses Land eine bürgernahe, praxisnahe und höchst engagierte Ansprechpartnerin für dieses Thema und viele andere Themen des Sports. Darüber bin nicht nur ich persönlich als Vorsitzender eines Sportvereins sehr froh, sondern darüber ist auch die gesamte Landesregierung sehr froh. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind somit am Schluss der Aussprache und gehen über zur Abstimmung.

Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen somit über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/4586 ab. Ich frage: Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/4586 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

12 Mithilfe von Agroforstsystemen Synergieeffekte für Naturschutz und Landwirtschaft schaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3661

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Drucksache 18/4629

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU spricht nun der Kollege Herr Wolters.

Stephan Wolters (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns als CDU-Fraktion ist es von größter Bedeutung, Verbindungen von Land- und Forstwirtschaft zu unterstützen, um sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile zu erzielen.

Agroforst ist zweifellos ein vielversprechender Ansatz, der dazu beitragen kann, die Bodenfruchtbarkeit zu verbessern, den Wasserrückhalt zu erhöhen, die Biodiversität zu fördern, die Kohlenstoffbindung zu erhöhen und auch die Widerstandsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion gegenüber Klimaschwankungen zu stärken. Eine nachhaltige Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft und der Schutz der Umwelt könnten so Hand in Hand gehen.

Hier stimmen wir Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, grundsätzlich zu. Dennoch müssen wir die damit verbundenen Herausforderungen und die möglichen Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche der Landwirtschaft sorgfältig abwägen.

Ihr Antrag ist auf der sachlichen Ebene nicht richtig. Warum? Die Forderung, bestehende Initiativen für Agroforstsysteme unbürokratischer auszugestalten und nicht nur die Bewirtschaftung, sondern auch die

Etablierung dieser Systeme zu fördern, können wir grundsätzlich unterstützen.

Aber wir weisen darauf hin, dass die Forderung nach Experimentierklauseln im Forstgesetz, wie Sie es formuliert haben, davon ablenkt, dass Agroforst Bestandteil der Agrarförderung ist und nicht ins Forstgesetz passt. Agroforst findet die Basis in der Landwirtschaft und hat eine größere landwirtschaftliche Komponente. An dieser Stelle ist es deutlich sinnvoller, Agroforst als Anbausystem auf dem Acker zu belassen, wo er seinen großen Mehrwert optimal entfalten kann. Solche, wie von Ihnen genannte, Experimentierklauseln sollten keinesfalls den Nutzungsdruck auf unsere Wälder erhöhen. Auch die Forderung nach einer Prüfung weiterer Agroforstvarianten ist sehr unklar formuliert.

Es bedarf möglicherweise entsprechender Studien und/oder Forschungsvorhaben, um ökologischen Nutzen und ökonomische Praktikabilität weiterer Varianten angemessen zu bewerten. Eine solche Prüfung sollte jedoch nicht zu einer Verzögerung der Umsetzung bereits bekannter effektiver Agroforstsysteme führen.

Ich verweise darauf, dass an einigen Universitäten und Hochschulen in Deutschland Forschungsgruppen zum Thema „Agroforst“ eingerichtet wurden, wo entsprechendes Basiswissen mit Sicherheit abrufbar ist, übrigens auch an der Hochschule Rhein-Waal bei uns im Kreis Kleve.

Mit Beginn der neuen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU aus dem Jahre 2023 können Landwirtinnen und Landwirte für vorhandene Agroforstsysteme neue Förderungen in Anspruch nehmen:

Erstens können Agroforstflächen für die Erlangung von Direktzahlungen als förderfähige landwirtschaftliche Fläche anerkannt werden, sofern Gehölzstreifen der Rohstoffgewinnung oder der Nahrungsmittelproduktion dienen und dies in einem positiv geprüften Nutzungskonzept bestätigt wurde.

Zweitens kann die Beibehaltung bestehender Agroforstsysteme als sogenannte Ökoregelung zusätzlich gefördert werden.

Eine Investitionsförderung für die Anlage von Agroforstsystemen im deutschen GAP-Strategieplan 2023 bis 2027 in Nordrhein Westfalen ist derzeit nicht vorgesehen. Zunächst sollen weitere Erkenntnisse zu den Wirkungen von Agroforstsystemen unter den Standortbedingungen hier bei uns Nordrhein-Westfalen gesammelt werden.

Akteure des Agroforstes, also zum Beispiel BioökonomieREVIER und der Deutsche Fachverband für Agroforstwirtschaft, haben in einem digitalen Agroforststammtisch Interessierte zu einem Austausch eingeladen, um Projekte in Nordrhein-Westfalen vorzustellen, die teilweise mit Landesmitteln unterstützt

wurden. Ich nenne jetzt mal die LEADER-Region Steinfurter Land, das Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW bei der Landwirtschaftskammer und die Universität Bonn.

Darüber hinaus stehen einige allgemeine Förderprogramme zum Beispiel im Rahmen der Forschungsförderung und der Förderung auch im Rheinischen Revier für Agroforstprojekte grundsätzlich zur Verfügung.

Aufgrund der genannten Argumente müssen wir leider den vorliegenden Plan der FDP-Fraktion ablehnen. Begrüßenswert ist eine gezielte und qualifizierte Förderung von Agroforstsystemen, um sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile zu erzielen. Gleichzeitig sollten wir die Auswirkungen auf die wesentlichen Bereiche der Landwirtschaft im Blick behalten und sicherstellen, dass Agroforst als Anbausystem auf dem Acker verbleibt und verankert wird. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat jetzt die Kollegin Julia Kahle-Hausmann das Wort. Bitte sehr.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Vielen Dank. – Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Agroforst ist ein Thema, das viele von Ihnen bisher mit Fragezeichen zurücklässt. Und da sind Sie leider nicht allein, denn es ist ein Thema, mit dem sich vermutlich auch nur wenige Landwirte und Landwirtinnen in NRW beschäftigt haben, ...

(Mehrere Abgeordnete unterhalten sich.)

– Störe ich? Ich frage nur. ..., zumindest nicht tiefergehend. So wie es derzeit in diesem Bereich aussieht, lohnt sich eine nähere Betrachtung für viele von ihnen finanziell leider nicht. Dabei bringen Agroforstsysteme – wir haben es gerade gehört – viele Vorteile mit sich.

Sie verbessern die Wasser- und Nährstoffversorgung, wirken sich positiv auf Mikroklima und Bodenfruchtbarkeit aus, schützen vor Erosion, stärken die Biodiversität und können eine weitere Einnahmequelle für Landwirte und Landwirtinnen sein.

Außerdem können wir uns vermutlich auch alle darauf einigen: Je mehr Bäume wir in NRW haben, desto besser. Der Mehrwert von Agroforstsystemen wurde übrigens auch von der Enquetekommission in der vergangenen Legislaturperiode anerkannt. Schließlich stammen die Forderungen des hier vorliegenden Antrags aus dem interfraktionell beschlossenen Abschlussbericht und sind Teil der Handlungsempfehlungen, auf die Sie sich hier vor etwas über einem Jahr noch geeinigt haben.

(Dietmar Brockes [FDP]: So ist es!)

Dieser Antrag wurde auch in der letzten Umweltausschusssitzung behandelt. Es kam die Kritik – wie eben gehört –, dass er eigentlich nicht nottut, weil es jetzt die Förderung auf Bundesebene gibt und weitere Forschungsansätze dazu. Da muss ich widersprechen: Ja, mit der neuen GAP werden existierende Agroforstsysteme mit 60 Euro pro Hektar gefördert. Das ist aber nicht sehr viel, vor allem deshalb, weil die Förderung nicht für die Etablierung solcher Systeme gilt. Aber genau das könnten wir doch verändern, weil wir hier im Land die Zuständigkeit dafür haben.

In Niedersachsen hat man das bereits erkannt. Da wird seit diesem Jahr auch die Einrichtung von Agroforstsystemen landesseitig gefördert. In Thüringen, wo das Land über ELER-Mittel das Demonetz Agroforst etabliert und bestehende Forschungsvorhaben gebündelt hat, hat man ebenfalls erkannt, dass Agroforstsysteme eine gute Sache für Landwirte und Umwelt sein können.

In NRW verfolgt das zuständige Ministerium im Gegensatz dazu keine konkreten Planungen zum Ausbau von Agroforstsystemen und verweist auf die einzelnen Versuchsprojekte, wie zum Beispiel bei Haus Düsse, und Förderprojekte, wie wir gerade gehört haben. Aber das ist uns zu dünn, Frau Gorißen.

Agroforstsysteme können bei fachgerechter Bewirtschaftung positive Effekte für Umwelt und landwirtschaftliche Betriebe haben. Damit sie fachgerecht bewirtschaftet werden, braucht es zum einen mehr Forschung und zum anderen verstärkte Beratung. Damit Landwirte und Landwirtinnen sie dann auch etablieren können, bedarf es einer Förderung nicht nur von Bundes-, sondern auch von Landesebene.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Wir haben fraktionsübergreifend in der letzten Wahlperiode bekräftigt, dass wir das wollen. Dann lassen Sie uns genau das jetzt auch machen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Jetzt haben wir die Chance, genau das auf den Weg zu bringen. Daher stimmen wir als SPD-Fraktion dem Antrag zu, wie wir das schon im Ausschuss getan haben, weil wir es wichtig und notwendig finden. – Danke.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Für die Fraktion der Grünen hat nun der Kollege Norwich Rüsse das Wort, bitte sehr.

Norwich Rüsse (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Über Agroforst zu reden, macht Sinn, vor allem beim Blick nach draußen: Der

Klimawandel, die Veränderungen, die ablaufen, betreffen die Landwirtschaft sehr deutlich. Wer sich aktuell mit Bäuerinnen und Bauern unterhält, der stellt schon fest, dass sich was verändern muss, dass sich was tun muss. Agroforst kann ein kleiner Baustein sein, jeweils vor Ort ein Stück weit die Anbausysteme zu verändern, um auf diese klimatischen Veränderungen reagieren zu können.

Ich bin etwas überrascht, dass der Antrag von der FDP kommt – einerseits nicht, weil es wieder einmal aus der Enquetekommission rausgezogen wird, andererseits bin ich doch überrascht, weil sich die FDP bislang nicht dadurch hervorgetan hat, eine Vorreiterin bei Agroforst zu sein.

Es ist ungefähr zwei Jahre her, da hat unser ehemaliger Kollege hier im Landtag zu Agroforst im Bundestag geredet. Dort hat sich die FDP als einzige Partei grundsätzlich gegen Agroforst gestellt. Er hat dort ganz deutlich gesagt, dass er nichts von Agroforst halte, dass die FDP Agroforste ablehne, dass das Flächenvergeudung sei, dass man die Fläche anders nutzen müsse

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

und dass es kein wirklicher Beitrag sei, die Landwirtschaft nach vorne zu bringen. Auch ein Blick in Ihr Landtagswahlprogramm war an dieser Stelle ganz aufschlussreich. Da fehlt jeglicher Bezug dazu, was Agroforst für die Landwirtschaft bringe. Sie erwähnen das als Thema,

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

dass es ja ein Kohlenstoffspeicher sein könnte, aber mehr auch nicht. Ich finde, Sie könnten vielleicht an Ihrem Verhältnis zu Agroforst noch ein Stück weit arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ja, Herr Brockes, mit Ihnen würde ich gerne mal wirklich intensiv über Agroforst diskutieren. Es zeigt sich nämlich auch in Ihren Forderungen – darauf komme ich gleich noch einmal –, dass Sie sich nicht wirklich stark damit beschäftigt haben, sondern einfach eins zu eins die Punkte aus der Enquetekommission abgeschrieben haben. Das ärgert mich schon ein bisschen.

Die Enquetekommission hat einen Stand, der auch schon wieder ein bisschen veraltet ist. Herr Brockes, mich ärgert wirklich, dass Sie nicht wahrgenommen haben, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen sehr wohl auf den Weg gemacht hat. Frau Kahle-Hausmann hat festgestellt, auf Haus Düsse passiere was, das Land tue was und erste Projekte liefen an. Sie tun in dem Antrag so, als gäbe es da noch gar nichts.

An dieser Stelle müssen wir über die Förderung diskutieren – das war uns Grünen nie genug –, aber ich bin erst einmal froh, dass wir überhaupt in die

Förderung reingegangen sind, dass Agroforst mittlerweile anerkannt ist, dass Bäuerinnen und Bauern das machen können, dass sie einen Antrag darauf stellen können.

Jetzt können wir darüber diskutieren, was 60 Euro wert sind. Was das für ein Betrag, wenn ich das mit einem System vergleiche, das in der Einrichtung relativ teuer ist. Da bin ich anderer Meinung als Sie.

Ich finde, dass es Aufgabe der ersten Säule ist, zu gucken: Was ist dieses System ökologisch wert? Was für einen Aufwand betreiben Bäuerinnen und Bauern an dieser Stelle? Welchen ökonomischen Vorteil bzw. Nachteil ziehen sie daraus? Welche ökologische Wertigkeit hat das? Dann legt man eine Prämienhöhe fest.

Ich finde nicht, dass wir als Land die etwaigen Fehler, die in der GAP noch da sind, ausgleichen sollten.

(Julia Kahle-Hausmann [SPD]: Bisschen falsch verstanden!)

Das ist nicht unser Job als Land, aber das können wir noch einmal diskutieren. Ich bedaure sehr, dass wir das nicht intensiver diskutiert haben, sondern dass wir das heute so zur Abstimmung stellen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Woran liegt es denn?)

– An mir liegt es nicht, Herr Brockes, nein.

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

Sie fordern unter anderem die Einrichtung eines Beratungssystems. Wenn man aber ein bisschen genauer hinguckt, dann gibt es dieses Beratungssystem sehr wohl. Wer Agroforst machen will, der kann sich natürlich Beratung holen. Es ist nicht so, dass das Land NRW da noch gar nichts anbieten würde. Es gibt diese Beratung, und ich finde es auch wichtig, dass wir die wahrnehmen.

Herr Brockes, Forschung kann man immer fordern, klar. Aber zu Agroforst gibt es mittlerweile eine Menge Forschung. Es gibt an der Uni Freiburg Forschung dazu. Es gibt an der Uni München Forschung dazu. Es gibt an der Hochschule Eberswalde einen Schwerpunkt dazu; die machen dazu eine Menge. Es gibt an der Uni Gießen Forschung dazu.

Man muss das Rad auch nicht neu erfinden. Wenn man sich mit diesen Leuten einmal in Verbindung setzt, kann man wirklich eine Menge in Erfahrung bringen und das System dann praxistauglich machen.

Und da komme ich zum entscheidenden Punkt: Sie fordern – und das ist auch ein politisches Problem –, man müsse noch mehr Basisarbeit machen. Ich glaube, dass wir schon einen Schritt weiter sind. Wir haben ganz viele junge engagierte Bäuerinnen und Bauern. Ich hatte selbst eine Veranstaltung im Februar dazu. Dort hat ein junger Bauer aus Steinfurt vorgestellt, was er in dem Bereich macht. Ein anderer

Bauer kam aus Tecklenburg. Das war mit so viel Begeisterung vorgetragen. Die wissen genau, was sie wollen. Die haben eine klare Vorstellung darüber, wie sie ihre Äcker neu gestalten wollen. Die brauchen diesen Antrag gar nicht mehr.

Wir brauchen nicht noch mehr Forschung und noch mehr Forschung. Was wir brauchen, ist, dass wir jetzt in die Umsetzung kommen. Das ist der entscheidende Punkt.

Vizepräsident Christof Rasche: Und wir brauchen auch eine Einhaltung der Redezeit.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ach, da haben Sie recht. Ich probiere, dass ich das hinbekomme.

Herr Brockes, Ihr Antrag hinkt der Zeit hinterher. Der wäre vor zwei Jahren noch gut gewesen. Jetzt ist er schlecht, er ist überholt, und deshalb lehnen wir ihn auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Herr Kollege, „hinkt der Zeit hinterher“ passte wirklich, im doppelten Sinne vielleicht sogar. – Das Wort hat jetzt der Kollege Dietmar Brockes für die Fraktion der FDP.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Debatte bisher brauche ich nicht mehr die ganzen Vorteile von Agroforst aufzuführen. Alle, die sich bisher nicht mit dem Thema „Agroforst“ beschäftigt haben, haben jetzt auch gerade dank des Beitrages der Kollegin Kahle-Hausmann erkannt, welche Vorteile Agroforst mit sich bringt.

Wir haben diesen Antrag bewusst aus der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“, die die FDP eingerichtet hat, übernommen, weil wir eben nicht möchten, dass die Punkte nur in der Enquetekommission besprochen werden und die ganze Arbeit dann schön im Schrank verstaubt, sondern dass sie auch in die Realität geführt wird.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Genau deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, damit wir die Punkte, denen auch Sie, Herr Rüße, in der Enquetekommission zugestimmt haben, heute hier zur Abstimmung stellen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aber das passiert doch alles!)

Wir haben den Antrag im März eingebracht. Wir haben bewusst das umgekehrte Verfahren vorgegeben, das heißt, wir haben Ihnen Zeit gegeben. Sie

mussten sich nicht zu Beginn der Beratungen festlegen, sondern Sie hätten drei Monate Zeit gehabt, um zu sagen, was an dem Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben, nicht gut ist und was man vielleicht besser machen kann.

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

Auf der Grundlage dessen, was wir in der Enquete-Kommission beschlossen haben, könnten wir das hier gemeinsam einbringen. Aber nein, die Koalitionsfraktionen haben sich dieser Debatte verweigert. Sie haben einfach gesagt: Da steht FDP drauf, und deshalb stimmen wir gegen den Antrag.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von der CDU und den GRÜNEN)

Das ärgert mich wirklich; denn Agroforst ist, wie gesagt, ein Teilbereich ...

Herr Kollege Wolters, es gibt auch Agroforstmöglichkeiten, die auf Waldflächen bestehen. Da kann ich Ihnen auch gerne Beispiele nennen: Waldgärten, Food-Forest-Systeme. Lassen Sie uns zusammen über die Grenze bei Ihnen nach Nijmegen fahren und den Nahrungswald Ketelbroek besuchen. All das gibt es auch im Wald. Es ist falsch, dass das nur auf landwirtschaftlichen Flächen stattfinden muss.

Es ist angesprochen worden: Wir alle wollen – so habe ich es rausgehört – die Etablierung. Aber wo sind Ihre Vorschläge, Herr Rüße, um zu einer Etablierung zu kommen?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ich habe eben gesagt, dass man die 60 Euro machen kann!)

Sie sagen doch selbst, dass die Förderung nicht ausreicht. Es steht doch im Antrag, dass wir die Förderung ausweiten wollen. Dann lassen Sie uns doch gemeinsam daran arbeiten. Aber nein, Sie gehen hin und lehnen das ab. Das macht deutlich – das muss man so deutlich sagen –, dass Sie kein Interesse daran haben, Agroforst auch in Nordrhein-Westfalen zu etablieren, und das ist sehr schade.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Deshalb machen wir das alles schon, weil wir kein Interesse haben!)

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie dem Antrag zustimmen würden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Faktion der AfD hat Herr Keith das Wort.

Andreas Keith (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Brockes, ich glaube nicht, dass die meisten Bürger oder Zuhörer wissen, was Agroforstsysteme überhaupt sind. Aber ich versuche es ihnen in meinem Redebeitrag so

verständlich zu erklären, dass jeder weiß, um was es hier geht.

Synergieeffekte mit Agroforstsystemen schaffen – so der Titel Ihres Antrags –, das hört sich nach smartem Selfmarketing à la Christian Lindner und megagrünem Technokratendeutsch an. Als Volksvertreter sollten wir uns den Bürgern allerdings verständlich mitteilen. Darum sagen wir lieber, was Agroforstsysteme eigentlich sind.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Die sind klüger als Sie, da machen Sie sich keine Sorgen!)

Es sind Streuobstwiesen und Windschutzhecken, Haubergschaften und Hudewälder und Gehölze in Kombination mit Tierhaltung. Sie nutzen bewusst Wechselwirkungen zwischen Gehölz und Ackerkultur aus, um ökologische und ökonomische Vorteile zu erzielen. Kurz: Die ebenso alte wie ganz natürliche Kombination aus land- und forstwirtschaftlichen Elementen, wie wir sie seit 200 Jahren kennen.

Sie sind somit wirklich nichts Neues, auch wenn der FDP-Antrag diesen Anschein erwecken möchte. Vielmehr stellt jede Kulturlandschaft auf die eine oder andere Art ganz natürlicherweise einen Agroforst dar. Agroforstsysteme können das Landschaftsbild aufwerten, und auch die vielen positiven Auswirkungen auf die Artenvielfalt überraschen hier nicht. Zwischen einfachen Hecken, einzelnen Sträuchern, bestehenden Bäumen bieten sie vielen Vogelarten Brutplätze, Nahrung und Deckung.

Als konservative, traditionelle Heimatpartei, die unsere Umwelt- und Kulturlandschaft erhalten und schützen will, sind wir daher von ihrem Nutzen überzeugt. So hat die AfD-Bundestagsfraktion längst beantragt, Agroforstsysteme als ein nachhaltiges Anbausystem anzuerkennen und entsprechend zu fördern, denn sie sind quasi das Gegenkonzept zur grünen Horrorshow, zu Monokulturen für grünes Biogas und Biosprit, zu Windindustrieanlagen in Wäldern und Solaranlagen auf Äckern.

Die FDP setzt dieser Naturzerstörungssorgie leider nichts entgegen, auch wenn dieser in der Sache richtige Antrag zeigt, dass da wenigstens noch ein Restfunke an umweltverträglicher Politik scheint. Daher zeigt der Antrag leider auch nur ein bisschen in die richtige Richtung. Wir vermissen gleich mehrere Aspekte.

Erstens: Die wirtschaftlichen Herausforderungen bei Neuanlagen und Bewirtschaftung von Agroforstsystemen sind mit beachtlichen Risiken verbunden, einmal durch Kosten bei der Etablierung des Systems, den hohen Pflegeaufwand und die lange Kapitalbindung. Der entsprechende Fachverband kritisiert daher zu Recht, dass Bayern als bislang einziges Bundesland hier eine planungssichere Förderung gewährleisten kann. Das ist noch unverständlicher, wenn man weiß, dass die EU-Vorgaben zur gemein-

samen Agrarpolitik eine Förderung der Investitionskosten von bis zu 100 % erlauben.

Zweitens: Der langfristige Nutzen, der – wie es der FDP-Antrag unterstellt – in erster Linie aus einer besseren CO₂- und Stickstoffbilanz resultiert, dürfte für einen Vollblutlandwirt zweitrangig sein. Landwirte in der brandenburgischen Lausitz verweisen vielmehr auf eine Verbesserung des Mikroklimas durch die Wasserverdunstung der angepflanzten Gehölze und eine langfristige Aufwertung ihrer Böden durch den Humuseintrag des Laubes.

Drittens: Die Kombination aus mangelnden Pachtflächen und steigenden Pachtpreisen macht Agroforstwirtschaft in NRW bei derzeitiger Förderung von 60 Euro pro Hektar unrentabel. Auch die Begrenzung von Pachtverträgen auf maximal 20 Jahre erschwert die Nutzung solcher gerade auf Langfristigkeit angelegten Maßnahmen.

Viertens: Ein Landwirt brachte es schon vor zwei Jahren auf einer Konferenz im Rahmen des Tages der Agroforstsysteme in Münster auf den Punkt – Zitat –:

In viehdichten Regionen wird es schwierig, Agroforst zu etablieren, denn der natürliche Wirtschaftsdünger muss auch genutzt werden. Wenn jemand, der 20 Hektar Fläche besitzt, davon ein bis zwei Hektar für Agroforst nutzt, muss er womöglich weitere Flächen pachten oder seinen Dünger abgeben.

Zitat Ende. – Recht hat er! Wir aber haben beim Lesen des FDP-Antrags verwundert festgestellt: All diese Punkte hinsichtlich Flächenstruktur, Größe und Nutzung werden mit keiner Silbe erwähnt.

Fünftens: Gänzlich vermissen wir den traditionellen Aspekt von Agroforstwirtschaft als enorm wichtigem landschaftsgestaltendem und identitätsstiftendem Element: Wallhecken, Gehölzstreifen im Münsterland, Streuobstwiesen und Kopfweidenkoppeln am Niederrhein, Haubergswälder im Siegerland, hudewaldähnliche Flächen in Ostwestfalen – all das zeigt den ganzen Reichtum unserer Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen, die es unbedingt zu erhalten gilt – nicht, weil die EU Agroforst gerade fördert, die Klimaleistung gerade passt oder die FDP einen Antrag stellt, nein, sondern – das sage ich ohne dieses Technokratendeutsch – aus Liebe zur Natur, zur Umwelt, zu unserer Landwirtschaft und unserer Heimat. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Ministerin Silke Gorißen das Wort. Bitte sehr.

Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Da der

Antrag bereits am Mittwoch der vergangenen Woche im Ausschuss ausführlich diskutiert worden ist, darf ich mich an der Stelle durchaus etwas kürzer fassen.

Agroforstsysteme sind zweifellos ein interessanter Ansatz für die biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft sowie für Klimaschutz und Klimaanpassung. In den letzten Jahren werden solche Systeme in der Landwirtschaft zunehmend diskutiert. Ursprünglich eher auf ertragsschwachen Standorten beheimatet, stoßen sie inzwischen auf Gunststandorten, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen vielfach vorfinden, auf großes Interesse.

Dazu tragen zweifellos auch das wachsende Bewusstsein für Klimaschutz und Klimaanpassung sowie die mit der aktuellen Förderperiode eingeführte Förderfähigkeit von Agroforstsystemen in der gemeinsamen Agrarpolitik bei. Allgemeingültige Empfehlungen zu Agroforstsystemen können aufgrund der Vielfalt der Systeme und Standorte nicht getroffen werden, zumindest noch nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Insbesondere die agrarwirtschaftlichen Aspekte, zum Beispiel die Auswirkungen auf den Ertrag und die Arbeitswirtschaft, bedürfen noch weiterer Untersuchungen. Bundesweit entstehen deshalb derzeit vielerorts Modellprojekte mit wissenschaftlichen Begleituntersuchungen. Auch die Landwirtschaftskammer hat im Landwirtschaftszentrum „Haus Düsse“ ein Agroforstsystem zu Demonstrations- und Versuchszwecken angelegt.

Die im Antrag angesprochene Etablierung von Agroforstsystemen im Wald ist allerdings keine Option. Agroforstsysteme sind kein Wald im Sinne des Bundeswaldgesetzes. Bei den Forschungsschwerpunkten stehen die Inhalte der nachhaltigen und ordnungsgemäßen Forstwirtschaft nach dem Landesforstgesetz im Vordergrund. Hierbei bildet die Anpassung der Wälder und der Waldbewirtschaftung an den Klimawandel einen Schwerpunkt.

Mein Haus ist in verschiedene Gesprächsformate rund um Agroforst auf Bundes- und Landesebene eingebunden. Wir verfolgen die Entwicklung nicht nur sehr aufmerksam; wir beteiligen uns an den Prozessen. Wir unterstützen die Aktivitäten der Landwirtschaftskammer im Rahmen einer Landesinitiative, und wir werden im Lichte der Entwicklung auf diesem Gebiet zu gegebener Zeit – nämlich wenn die notwendigen Erkenntnisse tatsächlich vorliegen – prüfen, welche weiteren Maßnahmen dann sinnvoll sind. Einer Aufforderung an die Landesregierung bedarf es dafür jedoch nicht, sodass der Inhalt des Antrags aus Sicht der Landesregierung abzulehnen ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Herzlichen Dank. Wir sind am Schluss der Aussprache, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume empfiehlt in Drucksache 18/4629 den Antrag mit der Drucksache 18/3661 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP, SPD und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die Fraktionen der Grünen und der CDU. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 18/3661 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

13 Freie Fahrt für Künstliche Intelligenz? – Der sogenannte AI-Act der Europäischen Union darf nicht der Bremsklotz für die heimische Wirtschaft sein!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4577

Ich eröffne die Aussprache. – Herr Tritschler aus der Fraktion der AfD steht schon am Rednerpult.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kennen Sie eine namhafte Internetsuchmaschine, ein soziales Netzwerk, ein Betriebssystem, ein Smartphone aus Europa? Wahrscheinlich nicht. Wenn doch, handelt es sich eher um ein Nischenprodukt.

Es ist schon bemerkenswert, wie viel hier und in anderen Parlamenten von Digitalisierung und Fortschritt gesprochen wird und wie wenig im Gegensatz dazu bei uns in Europa tatsächlich passiert. In den letzten Jahrzehnten hat unser Standort dutzendweise Chancen verpasst.

Das konnten wir uns auch lange leisten. Robuste Industrien wie der Automobil- und der Metallsektor haben unseren Wohlstand erhalten, während die wirklich bahnbrechenden Innovationen woanders auf der Welt passiert sind.

Nun hat aber die Politik aus welchen Gründen auch immer entschieden, dass diese Branchen nach und nach abgewickelt werden. Man müsste annehmen, dass Sie sich nun händeringend nach Alternativen umsehen, um unseren Standort weiterhin an der Weltspitze zu halten.

Auf den ersten Blick könnte man auch meinen, alle seien damit beschäftigt, uns auf die neue Zeit vorzubereiten. In keiner Sonntagsrede und keinem Schaufensterantrag darf das Buzzword „Digitalisierung“ fehlen. Die Realität sieht aber leider deutlich trüber aus. Beim neuen Megatrend Künstliche Intelligenz sind uns die Wettbewerber in China und den USA in

puncto Kapital, Personal, Forschung und Entwicklung schon heute meilenweit voraus.

Die europäische Politik macht dagegen das, was sie seit Jahrzehnten am besten macht: Sie steht im Weg und reguliert die Sache tot, in diesem Fall mit dem sogenannten AI-Act. Die Neue Zürcher Zeitung, immer ein guter und objektiver Blick von außen, kommentiert – ich zitiere –:

„Die EU scheint künstliche Intelligenz zu fürchten, als wäre sie der Leibhaftige in Person. Und diesen muss man schnellstmöglich mit Regeln bändigen, bevor er zu viel Schaden anrichtet. Das ist zumindest der Eindruck, den gewisse Politiker in Brüssel derzeit entstehen lassen.“

Natürlich ist Künstliche Intelligenz eine Technologie mit Risiken. Man braucht nicht allzu viel Fantasie, um sich das auszumalen. Hollywood befüllt das Genre „Mensch gegen Maschine“ bereits seit Jahrzehnten mit immer neuen Spielarten. Eine gesunde Vorsicht schadet also sicher nicht.

Sie muss aber eben gesund sein. Ein allzu strenger regulatorischer Rahmen wird nur eine Folge haben: Er wird die Entwicklung in andere Länder verdrängen, höchstwahrscheinlich insbesondere nach China, in ein Land, das viele unserer Errungenschaften wie Privatsphäre, Datenschutz, Freiheitsrechte und dergleichen nicht kennt und noch weniger achtet.

Daher kann es beim besten Willen nicht in unserem Interesse sein, wenn in Zukunft dort der Ton in Sachen „Künstliche Intelligenz“ angegeben wird, während wir Wettbewerber hierzulande schon im Entstehungsstadium kaputtregulieren.

Wenn zum Beispiel Sam Altman, der CEO von OpenAI, das mit ChatGPT gerade für große Aufregung gesorgt hat, warnt, dass sein Unternehmen die Aktivitäten in Europa möglicherweise bald einstellen müsse, muss das für uns, für die Politik, ein dringendes Warnsignal sein. Wir als Industrieland mit zahlreichen Standortnachteilen von teurer Energie über schwache Infrastruktur bis zum Mangel an geeignetem Personal sind darauf angewiesen, Raum für Innovation zu lassen, wenn wir unseren Wohlstand erhalten oder gar noch ausbauen wollen.

Künstliche Intelligenz ist vielleicht sogar die Antwort auf eine der drängendsten Fragen unserer Zeit, den demografischen Wandel. Sie könnte unsere Produktivität vervielfachen und das vermeintliche Allheilmittel, die Zuwanderung mit all ihren Folgen, entbehrlich machen.

Wir sehen sie als eine Chance, die wir zu nutzen lernen müssen. Die EU macht mit ihrer blinden Regulierungswut aber mal wieder genau das Gegenteil. Wir können uns das nicht mehr leisten. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.